

Kennedy warnt Chruschtschow

„Unter keinen Umständen wird Kuba kommunistisch bleiben.“

Washington (ap/dpa/upi). Präsident Kennedy hat erklärt, daß die USA unter Umständen im Interesse ihrer eigenen Sicherheit einseitig in Kuba intervenieren würden, falls nicht alle amerikanischen Staaten zusammen dem Eindringen des Kommunismus in die westliche Hemisphäre Halt gebieten sollten. Einen Tag nach der Zerschlagung der Landungsaktion auf Kuba sagte Kennedy vor Zeitungsverlegern, daß jedes einseitige amerikanische Eingreifen in die kubanischen Ereignisse der letzten Tage gegen die Traditionen und internationalen Verpflichtungen der USA verstoßen hätte. „Wir wollen aber jetzt feststellen, daß unsere Zurückhaltung nicht unbegrenzt ist“, sagte Kennedy.

„Sollte es jemals der Fall sein, daß die interamerikanische Doktrin der Nichteinmischung nur eine Politik der Tatenlosigkeit verbirgt oder entschuldigt, dann möchte ich in aller Deutlichkeit feststellen, daß die amerikanische Regierung nicht zögern wird, ihren primären Verpflichtungen, die der Sicherheit der eigenen Nation gelten, nachzukommen.“

Kennedy fügte hinzu, daß die USA sich in solchem Falle nicht über Interventionen von seiten derer belehren lassen würden, „deren Charakter für alle Zeiten auf den blutgetränkten Straßen von Budapest gezeichnet worden ist.“

Nach Ansicht Kennedys sollte die „ernüchternde Episode“ der zerschlagenen Landungsaktion auf Kuba der ganzen Welt drei Lehren geben:

1. Die Kräfte des Kommunismus dürfen nicht unterschätzt werden, weder in Kuba noch sonst irgendwo in der Welt. Der eisernen Disziplin der kommunistischen Länder müsse die Selbstdisziplin der freien Welt entgegengesetzt werden.

2. Die Rolle des Kommunismus auf Kuba muß genauer und realistischer beobachtet werden. Alle amerikanischen Staaten müßten ihre Entschlossenheit

zeigen, den Ausbau Kubas zu einem Stützpunkt zur Unterminderung des ganzen freien Amerikas zu verhindern.

3. Die freie Welt befindet sich an jedem Platz dieser Erde in einer unablässigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. In diesem Kampf dienten Armeen und Atomwaffen nur als Schild, während die wirklichen Waffen Umsturz und Infiltration seien.

Kennedy zog aus diesen Lehren den Schluß, daß in dieser erbitterten Auseinandersetzung nur die starken, fleißigen und weitsichtigen Nationen überleben können. Dieser Herausforderung müsse entsprechend begegnet werden. „Zu lange haben wir unsere Augen auf die traditionellen militärischen Notwendigkeiten gerichtet, auf Armeen, die zum Überschreiten von Grenzen bereit sind, oder auf Raketen, die zum Flug bereitstehen. Jetzt sollte es klar sein, daß dies nicht länger ausreicht — daß unsere Sicherheit verlorengehen kann, ohne daß ein einziges Geschloß abgefeuert oder eine einzige Grenze überschritten wird. Wir beabsichtigen, aus dieser Lehre unseren Nutzen zu ziehen. Wir beabsichtigen, unsere Streitkräfte, unsere Taktiken und

unsere Einrichtungen zu überprüfen und neu zu orientieren. Wir beabsichtigen, unsere Bemühungen für einen Kampf zu verstärken, der in vieler Weise schwieriger als ein Krieg ist.“

Kein Siegesjubiläum

In Kuba selbst ist eine großangelegte Verhaftungswelle angelaufen, die alle Personen erfassen soll, die im Verdacht stehen, mit den USA und den Rebellen zu sympathisieren. Bisher sollen rund 50 000 Männer, Frauen und Kinder in isolierte Lager gebracht worden sein. Inzwischen gab der Kubanische Revolutionsrat in New York zu, einen schweren Schlag erlitten zu haben. Der Rat betont jedoch, man werde den Kampf um Kuba bis zum Ende fortsetzen.

Falsche Lage-Beurteilung

Für das Scheitern des Unternehmens machen die Rebellen in erster Linie den Einsatz von sowjetischen Panzern und Düsenjägern verantwortlich. Im übrigen nehmen politische Beobachter an, daß die Rebellenführung offenbar die Situation auf der Insel nicht richtig eingeschätzt hat. Besonders über die Haltung des Volkes habe man sich Illusionen gemacht. Außerdem glaubt man, die Invasoren hätten zu früh losgeschlagen. Die Aufständischen argumentieren dagegen, der Grund dafür sei die unmittelbare bevorstehende Rückkehr von 80 kubanischen Düsenjäger-Piloten aus der Tschechoslowakei gewesen. Man habe vermeiden wollen, daß Castro bei Beginn der Invasion eine größere Anzahl von Migs einsatzbereit habe.

Kuba geht alle an

K. W. B. Der Friseur vom Driskill-Hotel von Austin, der mir die heiße Kompresse aufdrückte, war Kubaner. Daß Adenauer im Triumphzug durch diese Hauptstadt von Texas ziehen sollte, gab er mir wortreich mit vielem Wohlwollen zu verstehen. Aber den heftigen Schwall seiner Begeisterung unterbrach er immer wieder mit Fragen dazu, was ich, aus so weiter Entfernung hergekommen, zur Invasion in Kuba meine. Er trug sich mit dem Gedanken, Schere und Kamm liegenzulassen und die zwei Flugstunden von Austin zur Zuckerinsel zu wagen, um dabei zu sein. Wie er mochten viele, sicherlich die meisten der in den Vereinigten Staaten lebenden Kubaner, vom Anti-Castro-Unternehmen einen sicheren Erfolg erwarten. Mehr als hunderttausend Flüchtlinge waren in den zwei Jahren, seit Castro auf Kuba das Heft in der Hand hält, in den Vereinigten Staaten und in Mittelamerika angekommen. Doch wie der Friseur in Texas waren sie alle verstreut in den Weiten beider Amerika. Niemand mochte sich eine Vorstellung von den wirklichen Kräften der Rebellen-Bewegung zu machen. Niemand konnte ahnen, wie sie vorbereitet war und wie sie ausgerüstet war. Aber auch der Kubaner in Texas meinte, daß die, die das Signal zum Aufbruch gegeben hätten, schon wissen müßten, ob dies der richtige Augenblick zur Aktion gewesen sein mußte.

★

Nun, da das Unternehmen offensichtlich gescheitert ist, werden sich nicht nur die kubanischen Patrioten, die der weiteren Existenz der kommunistischen Castro-Diktatur zusehen müssen, fragen, welches Mittel es eigentlich in der Welt gibt, gegen die Diktatur die Freiheit und die Demokratie zu setzen. Die Revolte, so klein, so schlecht vorbereitet, zu so ungünstigem Zeitpunkt gestartet sie immer gewesen sein mag, läßt keinen Vergleich mit der Serie der südamerikanischen und mittelamerikanischen Revolutionen zu, die jahrzehntelang zum Strukturbild dieser

Staaten gehört haben. Das Castro-Regime ist, ebenso wie der mißglückte Aufstand gegen den Diktator, nicht ein bloßes Stück Revoluzzertum, das die übrige Welt nichts angehe. Auf der Kuba-Insel hatte sich mit Castro ein Kapitel kommunistischen Weltbürgerkrieges etabliert. Dies vor den Toren der größten Weltmacht des freien Westens und mit allen Anstrengungen, auf den ganzen Ibero-amerikanischen Kontinent auszustrahlen.

★

Die Art, wie Castro sein Regime zu stabilisieren suchte, entsprach den frühen Revolutions-Praktiken in Rußland. Und die immer offenkundiger gewordene ideologische Verbindung mit Moskau ergänzte die wirtschaftliche und militärische Hilfe, die Castro vom Kreml oder seinen beauftragten europäischen Satelliten bekam. Das Kuba Castros attackierte aus dem kommunistischen Arsenal die 150 Kilometer entfernten Vereinigten Staaten. Natürlich war der Größenunterschied zwischen der Sechs-Millionen-Insel und dem amerikanischen Reich riesig. Doch niemandem verbarg sich die Tatsache, daß Castro von Moskaus kommunistischer Strategie die Aufgabe zugedacht war, der erste Brückenkopf für ein späteres Übergreifen des Kommunismus auf den amerikanischen Kontinent zu werden.

★

Es ist oft die Frage erörtert worden, ob auf diesem Teil der Welt überhaupt der Kommunismus eine weltrevolutionäre Chance habe. Wer sie verneinte, erwartet ihn nur immer in den gleichen, in der Sowjetunion vorgebildeten Formen. So orthodox aber sind die auf Weltbeherrschung auszielenden Strategien des Kreml nicht. Sie passen ihre Eroberungstaktik den historischen und geographischen Eigentümlichkeiten an. Sie sehen Kommunismus in Asien und in Afrika auf anderem Boden wachsen als in Europa, und sie haben auch ein gutes Gespür für die Ansatzpunkte, die in Lateinamerika und Mittelamerika für die kommunistische Entwicklung gegeben sind. Daß sie Fidel Castro als den ihren ansehen und so kräftig seine Sache zu der ihren

machen, das muß der Westen sehr ernst nehmen — auch wenn Castro sich noch manchmal der Identifikation mit seiner Satellitenrolle schämen mag. Dem amerikanischen Präsidenten wird es nicht mehr gestattet sein, sich darauf zurückzuziehen, das Castro-Regime als noch nicht kommunistisch anzusehen. Kennedy hat sich jetzt mit starker Betonung verpflichtet: „Wir werden nicht zulassen, daß Kuba kommunistisch wird.“ Ein wenig hilflos fragt sich die Welt danach: Wie soll verhindert werden, was offensichtlich schon Tatsache ist?

★

Der Präsident ist um die Verantwortung dieser Frage nicht zu beneiden; denn auf sie wartet nicht nur die amerikanische Nation, sondern die ganze freie Welt. Sie wirft, nachdem der Putsch des Dr. Cardona offenbar erstickt ist, ein weltpolitisches Problem erster Ordnung auf. Man will den vordringenden Kommunismus nicht militärisch bekämpfen. Und man will vor allem nicht in den Geruch der militärischen Intervention kommen. Kennedy hat für das schmaßbrüstige Unternehmen von Kuba jede amerikanische Vaterschaft gelehnet. Und Cardona, der Initiator des Putsches, hat dies selbst ebenso kategorisch bestätigt. Aber vielleicht war es gerade die halbe Zuneigung des amerikanischen Präsidenten für die kubanischen Rebellen und das Ausbleiben einer Warnung an sie: ihre Attacke jetzt, da Castros Stern schon im raschen Sinken war, zu starten, die das Debakel mitverschuldet hatte.

★

Die Amerikaner jeder Regierung stehen natürlich auf der Seite der Castro-Gegner. Sie sind sich alle der Gefahren bewußt, die der Vormarsch des Kommunismus auf die Insel Kuba haben muß. Aber wie und wann ihm Einhalt zu gebieten ist, darüber haben sie sich keine festen Vorstellungen gebildet. Was Eisenhower versäumte, konnte und wollte es Kennedy jetzt nachholen? Kennedy mußte vieles bedenken, was ihn zum Handeln oder Unterlassen zwang. Seine Politik gegenüber Kuba zielte vor allem darauf, das ganze Lateinamerika für

(Fortsetzung auf Seite 3)

Kassem steuert „mittleren Weg“ an

Einfluß der Sowjets zurückgedrängt — Vernunftfrieden Kairo—Bagdad?

K. Bagdad (Eigenbericht)

Die letzten Wochen haben eindeutig aufgezeigt, daß der irakische Regierungschef Kassem sich langsam und überaus vorsichtig aus der selbstgewollten politischen Isolierung innerhalb der arabischen Welt herauszulösen und eine lebhaftere Tätigkeit zu entfalten angefangen hat. Vorläufige Höhepunkte dieses politischen Bemühens sind die Ausräumung der Spannungen und die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Jordanien und die letzte Konferenz der Arabischen Liga gewesen.

Moskau empört

Die Voraussetzung für diese Änderung der außenpolitischen Haltung ist eine Schwenkung in dem innenpolitischen Kurs Kassem's gewesen, die sich seit dem letzten Frühjahr anbahnte und mit der Entlassung der drei sehr stark linksgerichteten Kabinettsmitglieder gegen Ende des Jahres, den Maßnahmen gegen die kommunistisch beherrschten Gewerkschaften und Tarnorganisationen der irakischen Kommunistischen Partei usw. auch äußerlich zum Ausdruck kam.

Die Moskauer Presse hat in den letzten Monaten mehr als eine Gelegenheit gefunden, sich über irakische Vorgänge zu beschweren und zu empören. Man ist weit entfernt von der Zeit

der sowjetisch-irakischen Annäherung und dem Ausspruch Chruschtschows im Frühjahr 1959, der damals das Land an den Zwillingsströmen zum „fortschrittlichsten“ Staat des Vorderen Orients erklärte.

Wenn die Sowjets einmal geglaubt hatten, Irak zum Stützpunkt im Nahen Osten und vielleicht zum Sprungbrett für Ostafrika machen zu können, müssen sie heute die wankelmütige Haltung arabischer Politiker und Revolutionäre tief beklagen. Es hat sie auch nichts genutzt, vor etwas mehr als einem Jahr ihre Taktik gerade in Irak geändert zu haben. Auch die Hintanstellung des militanten Kommunismus und die Politik der Infiltration durch die Hintertür einer „Volksfront“ haben nicht den Erfolg gebracht, den man sich von ihnen offensichtlich in Moskau versprochen hatte.

Taktische Schwenkung

Nun ist es jedoch gewiß nicht so, daß Kassem etwa lediglich aus einer Ablehnung des Kommunismus heraus die bemerkenswerten Schwenkung vollzogen hätte, von der übrigens noch niemand weiß, ob sie endgültig ist und wie sie verlaufen wird. Der General sucht offenbar einen Weg aus einer recht schwierigen Lage: Er ist bestrebt, sein nationales Regime zu festigen, das bisher als

Gegengewicht gegen den von Nasser propagierten und auch in Irak noch nicht gestorbenen Panarabismus auf die gefährliche Unterstützung durch die Kommunisten nicht verzichten konnte. Manche Beobachter sind der Auffassung, die jetzige Schwenkung müsse nicht unbedingt ein Bekenntnis zur rechtsnationalen Richtung sein, sondern könne sich am Ende als eine taktische Maßnahme Kassem's herausstellen, um sich eine Rückendeckung für später zu verschaffen.

Blick nach Jordanien

Gewiß war es in der letzten Zeit um die ägyptisch-irakische Auseinandersetzung über die Vormachtstellung in der arabischen Welt stiller geworden, aber zum Beispiel die Erklärung Kassem's, jeder Angriff Kairo's auf Jordanien werde als ein Angriff auf Irak angesehen, hat doch gezeigt, daß man in Bagdad keineswegs gewillt ist, Nasser im Vorderen Orient freie Hand zu lassen. Wenn auch klare Hinweise fehlen, ist es nicht ausgeschlossen, daß dabei auch der Traum vom „Fruchtbaren Halbmond“ aus Irak, Jordanien und VAR Pate gestanden hat. Die zweifellos schwierige Lage Nassers und die Vorstellung von einem bedrohten Jordanien mögen den Abschluß eines Vernunftfriedens zwischen Bagdad und Amman beschleunigt haben, der sicher dazu dient, vorhandene Kairoer Absichten auf Jordanien vorläufig einmal zurückzustellen.

Nassers Vorbild

Es würde nun völlig abwegig sein anzunehmen, Kassem werde sich vielleicht dem Westen zuwenden. Er will ebenso den schon legendär gewordenen „mittleren Weg“ wie sein Rivale Nasser. Dieser hat aber die panarabische Idee längst für sich beschlagnahmt, und Kassem kann sich mit einem eigenen Programm auf die Dauer nur behaupten, wenn er gegen den Panarabismus Nasserscher Prägung etwas zu setzen vermag, das gleichzeitig anspricht und Aussicht auf Verwirklichung hat.

Kuba geht alle an

(Fortsetzung von Seite 2)

eine gemeinsame Haltung gegenüber Castro zu gewinnen. Es scheint, daß diese Bemühung durch den Putsch und sein Scheitern zunächst schwer zurückgeworfen wird. Den Verlust an Prestige, den der Präsident jetzt einstecken muß, wird er aufholen müssen. Er hat sich am Wochenende mit Eisenhower zu einer langen Besprechung zusammengesetzt. Er hat den nationalen Sicherheitsrat der Staaten, zum ersten Male, zusammengerufen. Aber sein politischer Stern wird erst leuchten, wenn er es fertig-

bringt, aus dem Kuba-Abenteuer eine neue Lehre für eine starke antikommunistische Politik zu ziehen. Kuba, und was daraus wird, geht von heute an alle an. Und die amerikanische Regierung wird, von den Ereignissen gezwungen, auf Wege sinnen müssen, dem Kommunismus in der Welt ohne Waffeneinsatz nachdrückliches Halt zu gebieten. Prag sollte einmal die letzte Station der kommunistischen Welteroberung gewesen sein. Kennedy hat die Aufgabe erhalten, dagegen anzutreten, daß mit Kuba eine neue Serie beginnt.

15 Jahre SED

DT. Mit Marschmusik und Massenchören hat die sogenannte Sozialistische Einheitspartei in Ostberlin ihr 15-jähriges Bestehen gefeiert. Als Festredner waren die Genossen Ulbricht und Grotewohl angekündigt. Ersterer befand sich bei bester Gesundheit in ausgesprochener Festlaune, der zweite Redner war nicht erschienen: seit einigen Wochen ist der 67-jährige Grotewohl schwer erkrankt. Der ehemalige Sozialdemokrat hatte mit dem inzwischen verstorbenen Kommunisten Pieck vor 15 Jahren im Admirals-Palast den symbolischen Händedruck gewechselt, der das Ende der SPD in Mitteldeutschland besiegelte. Er hatte die Warnungen Kurt Schumachers in den Wind geschlagen, der in der sogenannten Vereinigung klar und folgerichtig die Unterwerfung der Sozialdemokratie unter den Willen Moskaus sah. Der geschmeidige Grotewohl glaubte, der geschicktere Spieler zu sein, merkte jedoch nicht, daß er ebenso wie Pieck nur eine Figur auf dem Schachbrett der Sowjets war.

Der eigentliche Vertraute, damals noch bescheiden im Hintergrund bleibend, war der Sowjetbürger Ulbricht aus Sachsen, heute der mächtigste Mann auf Moskaus westlichstem Vorposten. Mit seiner selbst vollzogenen Ernennung zum Vorsitzenden des Staatsrates hat er

Norstadt: „Beste Waffen für Bundeswehr“

Hamburg (dpa/upi). NATO-Oberbefehlshaber General Norstad hat in Hamburg die Pläne Präsident Kennedys befürwortet, die konventionellen Streitkräfte zu verstärken. Gleichzeitig lehnte er es ab, die Bundeswehr aus politischen Gründen von der Ausrüstung mit Atomwaffen auszuklammern. Die Bundeswehr müsse die „wirksamsten und besten Waffen“ haben. Meldungen über einen geplanten Lieferungsstopp atomarer Trägerwaffen für die Bundeswehr wies auch Norstad in diesem Zusammenhang mit der Bemerkung zurück, ihm sei über „die Grundlagen derartiger Berichte nichts bekannt“.

das Amt des sogenannten Ministerpräsidenten zur gleichen Bedeutungslosigkeit verurteilt wie schon zu Lebzeiten Piecks das des Staatspräsidenten. Die in Ulbrichts Hand vereinigte Machtfülle symbolisiert die Unterjochung der damals paritätisch an der Parteiführung beteiligten Sozialdemokratie in der Zone. 40 Vertreter hatte jede Partei in die Führung entsandt, heute kann man die übriggebliebenen Konformisten der SPD an den Fingern einer Hand abzählen. Der eiskalte Rechner Ulbricht hat seine Gegner — mehr noch die vermeintlichen als die wahren — zur Strecke gebracht.

Auf dieser Strecke ist aber — und das ist das Verhängnis für ganz Deutschland — die gesamte Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone geblieben. Die drei Millionen, die in diesen 15 Jahren ihre Heimat verließen, die Tausende, die Tag für Tag das gleiche Schicksal teilen — sie sind die Opfer eines Systems, das auf den Bajonetten der Besatzungsmacht ruht. So ist es nur verständlich, wenn „Neues Deutschland“ seinen Festartikel mit einem Dank an die Sowjetunion beschließt. Von blutigem Hohn ist jedoch die Überschrift: „Die einzige Partei, die ihr Programm verwirklichte.“

SED in der Isolierung

Aufzeichnungen über Ereignisse in Mitteldeutschland

A. R. Berlin (Eigenbericht)

Der SED ist es nicht gelungen, die Menschen in Mitteldeutschland für ihre Ideologie zu interessieren, geschweige denn, sie dafür zu begeistern. Die Ergebnisse ihrer Planwirtschaft reichen nicht aus, um ein einigermaßen angenehmes Leben zu sichern. So ist die Partei am 15. Jahrestag ihrer Gründung von der Bevölkerung noch genauso wenig anerkannt wie 1946.

FRANKFURT

Falsche Vorstellungen von ihrem Beruf haben nach Meinung des SED-Blattes „Neuer Tag“ die Kindergärtnerinnen, wenn sie fragen: „Wozu brauche ich dialektischen Materialismus und politische Ökonomie? Und Russisch erst? Braucht eine Kindergärtnerin denn das?“

GERA

„Wie soll ein Mann heute sein?“ fragte die „Volkswacht“ ihre Leser. Ein „Volkskorrespondent“ antwortete: „Es gibt auf diese Frage nur eine Antwort, die lautet: der Mann muß mit seiner Frau sozialistisch leben.“

POTSDAM

Als billige Arbeitskräfte werden Schulkinder unter der Tarnung des „polytechnischen Unterrichts“ nach wie vor in der Landwirtschaft mißbraucht. Drei Schüler schrieben der „Mär-

kischen Volksstimme“: „Wir müssen oft Arbeiten verrichten, die eigentlich nichts mit dem Unterrichtstag in der Produktion zu tun haben. Das löst natürlich Mißfallen bei uns aus.“

AUERBACH

Weil ein Steg über einen Wassergraben zu schmal für Landmaschinen ist, wollte eine LPG ihn verbreitern. Die zuständigen Stellen meinten, sie müßten dazu erst eine Genehmigung aus Ostberlin einholen, und die „Freie Presse“ bemerkt: „Für je zwei Ziegel, die man übereinandersetzt, braucht man eine Baugenehmigung von „oben.“

ZWICKAU

„Ein Häuschen mit Garten wollen wir seit Wochen kaufen, aber noch fehlt die Kaufgenehmigung“, klagte ein älteres Ehepaar. Die „Freie Presse“ teilte mit: „Erst mußte die Herkunft des hohen Geldbetrages geklärt werden.“

HALLE

Einige Gründe für die Flucht von Zonenbewohnern wurden in einer Diskussion genannt, aus der das SED-Blatt „Freiheit“ Teile wiedergab. Da hieß es: „Manche Jugendliche hauen nach dem Westen ab, weil sie sagen, bei uns müßten sie zu viele Versammlungen besuchen und Stunden im Nationalen Aufbaupark machen. Im Westen dagegen hätten sie ihre Freiheit.“

In der Zone lebt man teurer

Mit steigendem Einkommen sinkt die Kaufkraft der Ostmark

Berlin (Eigenbericht). Für die gleiche Lebenshaltung wie im Bundesgebiet müßte der Verbraucher in der Sowjetzone immer noch mehr Ostmark aufwenden, als zur Bezahlung in DM West erforderlich wäre. Sollte also, abgesehen von Qualitätsunterschieden, dem sowjetzonalen Verbraucher die gleiche reale Kaufkraft wie im Bundesgebiet zur Verfügung stehen, so müßten, um diesen „Warenkorb“ zu erwerben, die Verbrauchereinkommen in der Sowjetzone um 13 bis 33 v.H. höher sein. Diese Feststellung trifft das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Das DIW hat die Aufwendungen für die Lebenshaltung in beiden Teilen Deutschlands an dem Warenkorb, den der Verbraucher im Bundesgebiet normalerweise erwirbt, bemessen („Index - Familie“). Bei einem derartigen Vergleich zeigt sich, „daß die Kaufkraft der Ostmark in Mittelddeutschland mit steigendem Einkommen gegenüber der Kaufkraft der Westmark im Bundesgebiet sinkt“. So mußten im Dezember 1960 für die Lebenshaltung in der Sowjetzone in der sogenannten „unteren“ Verbrauchergruppe, wo der Bedarf zum größten Teil aus lebensnotwendigen Gütern besteht, 113 v.H. (1958: 119 v.H.) des entsprechenden Westmarkbetrages aufgewendet werden. In der „mittleren“ und „gehobenen“ Verbrauchergruppe betragen die Relationen 122 (129) bzw. 133 (139) v.H. des Westmarkbetrages.

Die Tatsache, daß mit wachsenden Einkommen die Kaufkraft der Ostmark sinkt, wird durch die unterschiedlichen Preisverhältnisse für die einzelnen Bereiche des privaten Verbrauchs zwischen der Sowjetzone und dem Bundesgebiet erklärt. Das zeigt die folgende Tabelle:

Preisverhältnisse zwischen Sowjetzone: Bundesgebiet Juni 1959

(„Mittlere“ Verbrauchergruppe —
DM Ost in v.H. von DM West)

Ernährung	133
Genußmittel	193
Wohnung	77
Heizung und Beleuchtung .	32
Hausrat	155
Bekleidung	193
Reinigung u. Körperpflege	102
Bildung und Unterhaltung	74
Verkehr	97
alle Gruppen	123

Während also bei der „unteren“ Verbrauchergruppe die Kosten Wohnung, Heizung, Verkehr und Ernährung, deren Preisdurchschnitt gegenüber dem Bundesgebiet niedriger oder nur geringfügig höher ist, die Kaufkraft der Ostmark erhöhen, nimmt diese in der „mittleren“ und der „höheren“ Verbrauchergruppe ab. Denn hier haben Ausgaben für Bekleidung und Hausrat, die preislich 193 v.H. bzw. 155 v.H. des entsprechenden Westmarkbetrages ausmachen, einen wachsenden, ja sogar bestimmenden Anteil an der Gesamtkaufkraft.

Nach dem Interzonenhandelsmündliche Zusagen für eine positive Entscheidung gegeben hatte. Der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Dr. Leopold, ist zur Berichterstattung über seine Verhandlungen nach Bonn geflogen.

Nach Unterlagen des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen wurden die DM-Einnahmen aus den Wasserstraßen-Benutzungsgebühren ebenso wie die anderen „legalen“ sowjetzonalen DM-Bezüge größtenteils für die illegale Arbeit der Kommunisten in der Bundesrepublik verwendet.

Hannover ist gerüstet

Hannover (dpa). Etwa 20 000 Menschen arbeiten bis zum Beginn der Deutschen Industriemesse am nächsten Sonntag am Aufbau der Stände für die größte industrielle Schau der Welt. Die Polizei rechnet mit einem Ansturm von täglich 150 000 Fahrzeugen, von denen mindestens 40 000 auf das Messegelände kommen werden. Der Durchgangsverkehr wird in den Spitzenzeiten im Norden und Süden von Hannover abgefangen und auf Landstraßen um die Stadt geleitet.

Für die bis zum 9. 5. dauernde Messe werden 34 000 Privatzimmer benötigt. Die Bundesbahn setzt vom Donnerstag am Sonderzüge im Pendelverkehr zwischen dem neuen Messe-Bahnhof und Bremen, Bad Harzburg und Bad Pyrmont ein. Schlafwagengzüge werden als „rollende Hotels“ am Messegelände abgestellt. Luft-Taxis verkehren zwischen dem Flughafen Langenhagen und dem Messegelände. Die großen Luftfahrtgesellschaften legen Sonderflüge ein.

Über 5000 Firmen, davon fast ein Fünftel aus 25 ausländischen Staaten, haben sich als Aussteller angemeldet. Der Ostblock ist wieder durch Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei vertreten. Die Sowjetunion hat die Teilnahme abgelehnt, weil ihr ein eigener, dem Prinzip der Branchenmesse widersprechender Pavillon verweigert wurde.

Wasserstraßen-Zoll aufgehoben

Pankow kassierte in drei Jahren 70 Millionen D-Mark

Berlin (ap/Eigenmeldung). Die Sowjetzonen - Behörden werden vom 1. Mai an keine Wasserstraßen-Benutzungsgebühren mehr erheben. Einen entsprechenden Beschluß hat der Ministerrat der Sowjetzone nach einer adn-Meldung gefaßt.

Die Wasserstraßengebühren waren im Mai 1958 von den Pankower Behörden mit der Begründung eingeführt worden, daß zur Behebung der durch

die westdeutsche Elbstauung bei Geesthacht in ihrem Gebiet entstehenden Schäden rund 50 Millionen DM erforderlich seien. Inzwischen haben die Sowjetzonen - Behörden jedoch mehr als 70 Millionen DM West eingenommen.

Die Verhandlungen über die Aufhebung der Gebühren begannen Mitte März, nachdem die Sowjetzone bei den Besprechungen über die Wiederauf-

Enthüllungen über FLN

Generalbundesanwalt Güde: „Terror in der Bundesrepublik“

Karlsruhe (upi/dpa). Die algerische Befreiungsfront (FLN) hat nach Mitteilung von Generalbundesanwalt Güde in der Bundesrepublik eine Geheimorganisation zur Terrorisierung ihrer Landsleute aufgebaut. Es bestehe der Verdacht, daß die in Bonn verhafteten Algerier Rädelsführer oder Hintermänner der FLN in der Bundesrepublik gewesen seien. Umfangreiche Ermittlungen der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes und der Polizeibehörden der Länder hätten ergeben, daß die Organisation sich Polizeigewalt angemäßt und gegen ihre Landsleute Geld- und Prügelstrafen verhängt habe.

Die Verhaftung der drei FLN-Vertreter hat in Bonn großes Aufsehen erregt. Das auswärtige Amt und das Innenministerium wurden von der Verhaftung vorher nicht unterrichtet. Wie verlautet, sind die Ver-

hafteten dem Auswärtigen Amt seit langem bekannt; sie sollen einem algerischen Büro angehören, das sich in der Tunesischen Botschaft in Bad Godesberg befindet. Vor einem Jahre hatte die Bundesregierung offiziell die Auflösung dieses Büros gefordert, weil es politische Propaganda gegen das mit der Bundesrepublik verbündete Frankreich betreibe.

Stikker gewählt

Paris (ap/dpa). Der ehemalige niederländische Außenminister Dirk Stikker ist erwartungsgemäß offiziell einstimmig zum neuen NATO-Generalsekretär gewählt worden. In einer ersten Erklärung nach seiner Amtsübernahme sagte Stikker, er sei nicht pessimistisch im Hinblick auf die Möglichkeit, ein für alle annehmbares System einer NATO-Atomstreitmacht zu schaffen. Der hierüber geführte Meinungsaustausch werde fortgesetzt.

Der erste im Weltraum?

Zweifel an Gagarins Erstleistung in Frankreich geäußert

Paris (dpa). Aufsehen erregte in einer Sendung des französischen Rundfunks die Behauptung des aus Moskau zurückgekehrten französischen Sonderkorrespondenten Edouard Bobrowski, Gagarin sei nicht der erste Mensch im Weltraum gewesen. Als ersten Weltraumflieger bezeichnete er den Sohn des sowjetischen Flugzeugkonstruktors Serge Iljuschin. Dieser liege gegenwärtig „völlig ohne Bewußtsein“ in einem Moskauer Krankenhaus. Das Weltraumschiff, in dem sich Iljuschin befunden habe, sei dreimal um die Erde gekreist. Es sei zwar unverseht zurückgekommen, jedoch mit einem

Menschen an Bord, der völlig das Gleichgewicht verloren habe. Der Versuch Iljuschins habe drei oder vier Tage vor der Weltraumfahrt Gagarins stattgefunden. Der französische Korrespondent erklärte, er könne nicht die Quellen für seine Enthüllungen nennen. Sie seien jedoch absolut glaubwürdig, und er habe sie aus erster Hand. Bereits am Vorabend der Landung Gagarins hatte das kommunistische englische Blatt „Daily Worker“ in London die Sensationsmeldung von einem geglückten Raumflug der Sowjets veröffentlicht, deren Einzelheiten der französischen Behauptung entsprachen.

Nicht zugelassen

Jerusalem/Wiesbaden (ap/dpa). Die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft hat den amerikanischen Film „Jagd auf Eichmann“ zur öffentlichen Vorführung in der Bundesrepublik zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht freigegeben. Nach Auffassung des Prüfausschusses stellt der Film in vielfacher Beziehung eine verfälschende Simplifizierung dar: in seinem Handlungsaufbau, in der Gewichtsverteilung hinsichtlich der Schuld an den grauenhaften Taten aus der Zeit des nationalsozialistischen Regimes und in zahlreichen Einzelheiten bei den dargestellten Figuren, Handlungsvorgängen und Milieuverhältnissen der Jahre vor und nach 1945. Auch ständen die kolportagehaften Züge der Spielhandlung in starkem Mißverhältnis zum Ausmaß und Ernst der behandelten furchtbaren Geschehnisse.

Für die Entscheidung war außerdem maßgebend, daß erst der Eichmann-Prozess die „erwartete Klärung“ bringen könne und der Film daher „im gegenwärtigen Zeitpunkt nur gefährliche Verwirrung stiften“ würde.

„Vor den Sowjets auf den Mond“

USA liegen in der Raumfahrt etwa zehn Jahre zurück

Washington (ap/dpa/upi). Die Vereinigten Staaten wollen alle Anstrengungen machen, als erste den Mond zu erreichen, erklärte Präsident Kennedy vor der Presse in Washington. Es sei im übrigen möglich, daß die USA im Bereich der Raumfahrt in den nächsten zehn Jahren hinter der Sowjetunion zurückblieben.

Der Präsident wies zu den Vorgängen auf Kuba darauf hin, daß es darum gehe, alle Energie und Aufmerksamkeit darauf zu richten, wie man der Technik des Kommunismus in der Welt begegnen könne. Es sei ein alter kommunistischer Trick, die Vorteile eines demokratischen Regimes für sich auszunutzen und nach der

Machtübernahme die Opposition mit Gewalt auszuschalten. „Diese Taktik operiert immer dicht am Rande des Krieges.“

Der Präsident wies auf das Beispiel Südvietnam hin, wo in jedem Jahr 4000 Zivilisten und Polizisten durch etwa 15 000 mit Nachschub versorgte kommunistische Guerillas umgebracht würden. Dies geschehe, obwohl 70 bis 80 Prozent des südvietnamesischen Volkes bei den letzten Wahlen die Politik des Präsidenten Diem gebilligt hätten. Kennedy versicherte abschließend, die USA würden sich weiterhin um den Abschluß eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche bemühen.

SPD muß Adenauer-Politik billigen

Bericht über USA-Reise vor dem Bundestag — Atomrüstung spielte keine Rolle

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer ist vor dem Bundestag dafür eingetreten, die Atlantische Verteidigungsorganisation (NATO) über ihre militärischen Aufgaben hinaus zu einem Instrument der Außen- und Wirtschaftspolitik des Westens auszubauen. In einem Bericht über seine Amerikareise erklärte er, Präsident Kennedy und er seien darüber einig, daß die NATO die Grundlage der gemeinsamen Verteidigung und Politik des Westens sein solle.

Der Bundestag erlebte im Anschluß an die knappe Regierungserklärung Adenauers eine zweistündige außenpolitische Debatte. Auffallend an den Erklärungen der Fraktionssprecher war die Warnung des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer vor einem politischen und wirtschaftlichen Ausbau der NATO, wie ihn Kennedy und Adenauer empfohlen hatten.

Adenauer hatte auf diesen Punkt den größten Nachdruck gelegt. Eine ständige Beratung über alle Fragen, die einige oder alle Mitgliedsstaaten der NATO berühren, müsse der oberste Grundsatz des Bündnisses sein, sagte er. Den Vereinigten Staaten komme als dem stärksten Mitglied die Rolle der Führungsmacht zu. Aber Führung bestehe nicht darin, daß Amerika einfach den Verbündeten seine Ansichten mitteile, sondern daß rechtzeitig darüber diskutiert werde.

Warum Mißverständnisse?

Die Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr, die in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit so lebhaft erörtert worden war, spielte im Bundestag keine große Rolle mehr. Adenauer berief sich auf das gemeinsame deutsch-amerikanische Kommuniqué über seine Besprechung mit Kennedy, in dem es heißt, daß die NATO „alle militärischen Mittel behalten und weiterentwickeln“ müsse, die zur Abschreckung des Gegners notwendig seien. Deutlicher, meinte der Kanzler, könne man einen Grundsatz nicht aussprechen. Es sei ihm unverständlich, wie die Mißverständnisse in der Öffentlichkeit entstehen konnten.

Mit allgemeinem Beifall begrüßte der Bundestag die Feststellung Adenauers, daß man fest auf die Zusagen vertrauen könne, die Amerika hinsichtlich Berlins abgegeben habe. Als der

Kanzler hinzufügte, eine gerechte Lösung der deutschen Frage sei nach gemeinsamer Überzeugung der deutschen und der amerikanischen Regierung nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts möglich, erhielt er noch einmal, wenn auch schwächer, den Beifall aller Fraktionen.

Appell an England

Die restlichen Ausführungen Adenauers galten der europäischen Einigung, der Abrüstung und der Entwicklungshilfe. In all diesen Punkten äußerte er sich befriedigt über die Übereinstimmung mit Washington, wobei er die Klugheit, die Energie und den Weitblick Kennedys besonders pries. Unruhe entstand, als der Kanzler sich ziemlich lange bei seinem triumphalen Empfang in Texas aufhielt und dabei auch die komfortable Ranch des Vizepräsidenten Johnson und die Parade zu seinen Ehren nicht zu erwähnen vergaß. Schließlich appellierte er an Großbritannien, sich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzuschließen. Der Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, begann seine Erwiderung mit einem Bekenntnis zur Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, das sogleich in den Reihen der CDU einige Unruhe hervorrief. Als er dann noch hinzufügte, die Erklärung Kennedys gegenüber Adenauer, daß Amerika die Freiheit Berlins wahren werde, sei eigentlich nur eine Wiederholung seiner Versicherungen gegenüber dem SPD-Kanzlerkandidaten Brandt, kam eine leichte Heiterkeit auf.

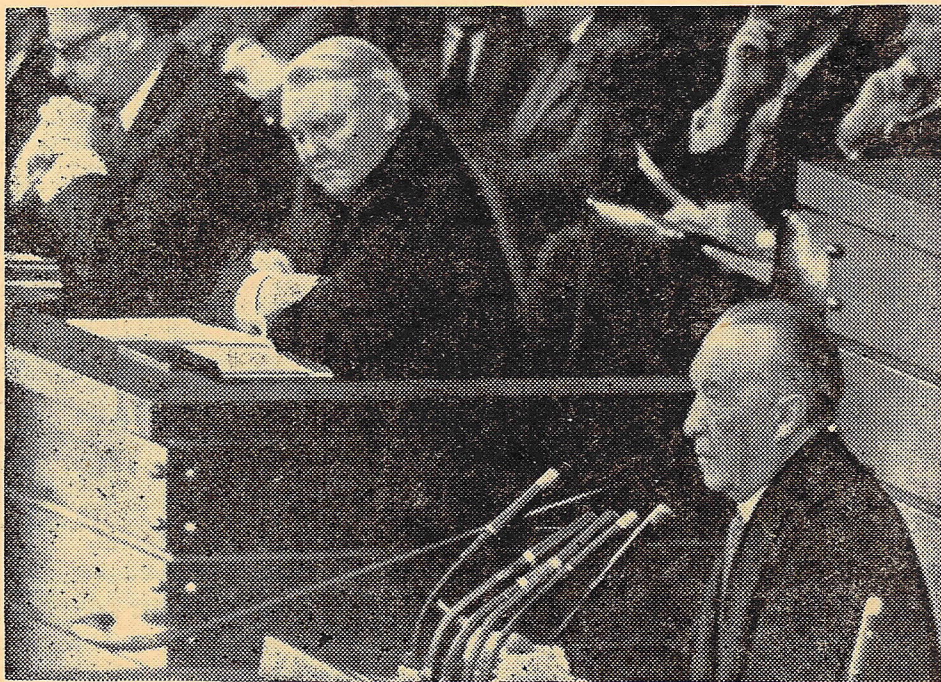
Die Debatte schloß mit einer nachdrücklichen Rede des CDU-Fraktionsführers Krone, der sich diesmal nicht damit begnügte, Adenauer für seine Reise zu danken und seine Erfolge zu loben, sondern durch eine Reihe kleiner Attacken ge-

gen die SPD und FDP einiges Leben in das stille Haus brachte. Unter anderem meinte er, angesichts der Erfolge Adenauers in Amerika hätte die Opposition eigentlich „etwas mehr“ sagen können. Zur FDP gewandt, setzte er sich scharf von der Vorstellung ab, daß ein militärisches Auseinanderrücken in Europa nützlich sein könnte, und wies darauf hin, daß dann auch die amerikanischen Truppen abrücken müßten, die jetzt Berlin schützen. Ollenhauers Forderung nach einer „gemeinsamen Bestandsaufnahme“ griff Krone auf, um der Opposition eine größere außenpolitische Debatte anzubieten, an die allerdings die SPD dabei kaum gedacht haben dürfte.

USA: Rüder Versuch

Washington (UPI). Das amerikanische Außenministerium hat die Verdächtigung der amtlichen tschechoslowakischen Nachrichtenagentur, der Absturz der tschechoslowakischen Verkehrsmaschine im Landkreis Forchheim am 28. März stehe im Zusammenhang mit der erhöhten Flugtätigkeit über einem nahe gelegenen amerikanischen Militärlager, als „rüden“ Versuch Prags zurückgewiesen, die Vereinigten Staaten für den Absturz verantwortlich zu machen. Der Sprecher des Außenministeriums nannte die Vorwürfe der Nachrichtenagentur „ungerechtfertigt“. Es sei nicht das erstmal, daß die Tschechoslowakei Außenstehende für ein Flugzeugunglück verantwortlich machen wolle. Die Nachrichtenagentur hatte in einer Meldung von „sehr verdächtigen Umständen“ gesprochen, unter denen sich der Unfall ereignet habe, bei dem 52 Menschen ums Leben kamen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtthofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE: Oben: Bundeskanzler Adenauer berichtete dem Bundestag über die Ergebnisse seiner Besprechungen in den USA. — Unten: Das deutsche Kriegerdenkmal in El Alamein besuchten der jugoslawische Präsident Tito (rechts) und Präsident Nasser.

